

Grexit ist eine Klassenfrage

Panagiotis Sotiris und die »Volkseinheit« halten am Euro-Austritt fest. Seite 8



Ideologe und Maueröffner

Vom Kommunisten zum Antikommunisten. Zum Tod von Günter Schabowski. Seite 16

Foto: dpa/Karlheinz Schindler

Gefährliche Forschung

Künstliche Intelligenz dient vor allem den Herrschenden. Seite 10

Foto: fotolia/tiero

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 2. November 2015

70. Jahrgang/Nr. 254

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Die große Hilfslosigkeit

Fabian Lambeck über eine Flüchtlingskrise, die immer mehr zur Krise der Koalition wird

Der Vorteil Großer Koalitionen sei, dass sie extreme politische Herausforderungen besser abfangen können, schrieb die »Zeit« einmal. In der momentanen Flüchtlingskrise stellen Union und SPD unter Beweis, dass sich die Edelfedern aus Hamburg auch mal irren können. Schwarz-Rot agiert angesichts des Flüchtlingselends hilflos und zerlegt sich munter selbst. Die SPD stemmt sich dabei erfreulich konsequent gegen die populistischen Scharfmacher von CDU und CSU, die gestern Abend wieder den Schulterchluss suchten. Dabei kam Merkel den Christosozialen entgegen.

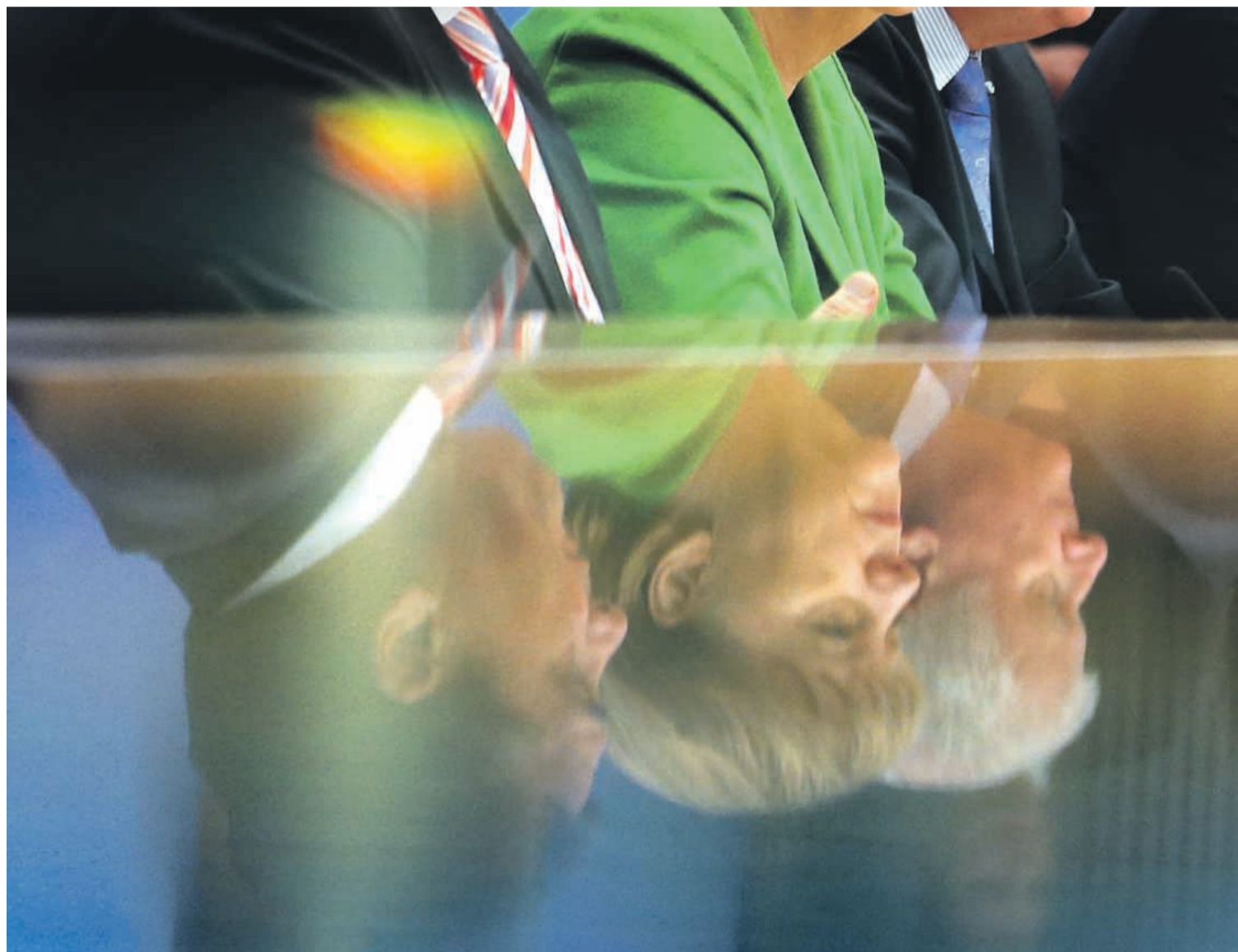
Obwohl man zusammen mit CDU, SPD und Grünen die größte Asylrechtsverschärfung der letzten 20 Jahre durchgebracht hat, drängt die CSU auf weitere populistische Maßnahmen, wie Transitzone, die in der Praxis wenig bringen. Das meint sogar die Deutsche Polizeigewerkschaft. Um so unverständlicher die Vehemenz, mit der die Koalition um diese sinnlosen Maßnahmen streitet. Die verfahrenere Situation verlangt nach einem Machtwort der Kanzlerin. Sie verlangt nach zusätzlichen Milliarden und einem Neuaufbau längst kaputtgesparter staatlicher Strukturen. Doch Merkel scheut die medienöffentliche Konfrontation ebenso wie große Investitionsprogramme. Ihr Politikstil der notorischen Konfliktvermeidung hat die schwelende Krise in den letzten Tagen weiter eskalieren lassen. Fraglich ist deshalb, ob der unionsinterne Kompromiss tragfähig ist.

UNTEN LINKS

Ganze zwei Monate bleiben uns bis zum Jahreswechsel. Das ist noch eine Menge Zeit, die Kanzlerin auf Trab zu halten. Leicht hat es die Frau ja gerade nicht. Und erlebt aller Tage ein Wechselbad der Gefühle. Mal droht der Landshuter Landrat Peter Dreier von den Freien Wählern, er werde ihr die Flüchtlinge demnächst mit einem Bus vors Kanzleramt schicken. Mal gibt das CDU-Urgestein Norbert Blüm unumwunden zu, wie stolz er auf seine Kanzlerin ist. Es steht zu fürchten, dass das eine wie das andere die Regierungschefin nicht aus der Bahn wirft. Was ist der Aufschrei aus Landshut gegen das Münchner Theater? Was der Ritterschlag von Blüm gegen die Beistandserklärung der gesamten Südwest-CDU? Doch was wird Angela Merkel am Silvesterabend im stillen Kämmerlein für sich selbst resümieren? War es ein gutes Jahr zwischen diversen Kriegen, Eurokrise und Flüchtlingselend? Oder hat sich das 10. Kanzlerinnenjahr doch als Nummer zu groß für sie erwiesen? oer

Trio im Transit

Die drei Regierungsparteien finden beim Flüchtlingsgipfel keine gemeinsame Linie



Transitzone, wie sie der CSU vorschweben, lehnt die SPD derzeit noch ab.

Foto: dpa/Wolfgang Krumm

Berlin. Zumindest eine Einigung kam. Da war der SPD-Chef längst weg. Zuvor war der gemeinsame Flüchtlingsgipfel von Union und SPD am Sonntag ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), CSU-Chef Horst Seehofer und der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel konnten sich auf keine Maßnahmen einigen und verwiesen auf das Treffen der Ministerpräsidenten am Donnerstag. Gabriel hatte das Treffen im Kanzleramt bereits nach zwei Stunden wieder verlassen. Merkel und Seehofer hingegen blieben und entschärften dabei offenbar den unionsinternen Streit in der Flüchtlingspolitik. Sie ei-

nigten sich am frühen Abend nach einer Mitteilung der Unionsparteien auf ein umfangreiches Positionspapier, in dem, ganz im Sinne Seehofers, Transitzone als »vordringlichste Maßnahme zur besseren Kontrolle unserer Grenze« bezeichnet werden. Die SPD lehnt solche »Haftanstalten« in Grenznähe bisher ab und favorisiert »dezentrale Einreiszentren«.

Nach derzeitiger Lage sollten die Zentren mit einem Schutzzaun versehen werden. Nicht, um besorgte Bürger vor diebischen Ausländern zu schützen, sondern die Flüchtlinge vor gewalttätigen Deutschen. So kam es am Wochenende wieder zu zahlreichen Über-

griffen auf Asylbewerber. In Wismar schlugen Vermummte mit Baseballschlägern auf zwei Syrer ein, die vor ihrer Notunterkunft standen. In Magdeburg verprügelten 30 Männer drei Flüchtlinge, die aus Syrien stammten. Auch in Jena traf es einen Geflüchteten aus dem Bürgerkriegsland: Er wurde am Sonntagmorgen von drei Männern an einer Straßenbahnhaltestelle zusammengeschlagen.

Doch es gab auch erfreuliche Nachrichten: So demonstrierten am Sonntagabend mehrere Tausend Menschen gegen die Rechtspopulisten von der Alternative für Deutschland und deren Rassismus. fal Seiten 2,3 und 4

Erdogan lässt unter Militärpräsenz wählen

Bevölkerung in der Türkei hat weitgehend friedlich ein neues Parlament bestimmt

Die Türkei hat am Sonntag zum zweiten Mal in fünf Monaten ein neues Parlament gewählt. Vorläufige Ergebnisse wurden am Sonntagabend erwartet.

Von Martin Ling

Das Ziel der islamisch-konservativen AKP von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan war klar: Mit den Neuwahlen wollte sie bei der Abstimmung ihre absolute Mehrheit zurückerobern, die sie im Juni verloren hatte. Damals hatte die AKP erstmals seit der Übernahme der Regierung im Jahr 2002 die absolute Mehrheit der Sitze verfehlt, die bei 276 liegt. Der überraschende Einzug der pro-kurdischen HDP ins Parlament im Juni hatte die AKP die absolute Mehrheit gekostet. Umfragen sahen die HDP vor der Wahl am Sonntag wieder oberhalb der Zehnprozenthürde.

Am Wahltag wurden zunächst keine Anschläge oder Gefechte

gemeldet. Der diesmal zurückhaltend geführte Wahlkampf war von Gewalt überschattet worden. Seit im Juli eine Waffenruhe zusammenbrach, eskaliert der Konflikt mit der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wieder. Die PKK hatte ihre Angriffe im vergangenen Monat bis zur Neuwahl am Sonntag ausgesetzt. Die Wahlen wurden von zahlreichen Zwischenfälle und Unregelmäßigkeiten begleitet, die aber zumindest für die Stimmabgabe keine wahlentscheidende Wirkung haben dürften.

»Wir waren als Wahlbeobachter in Silvan eingesetzt, einem Zentrum der Kämpfe der letzten Wochen. Spuren dieser Kämpfe waren in Form von Einschusslöchern in den Hauswänden noch deutlich sichtbar«, schildert Florian Wilde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung seine Eindrücke. In Silvan war die Selbstverteidigung verschiedener Stadtteile gegen die Staatsmacht nach der Ausrufung

des einseitigen Waffenstillstandes durch die PKK aufgegeben worden, um einen friedlichen Wahlablauf zu ermöglichen.

»Ein offener Straßenwahlkampf der HDP hat hier nicht stattfinden können, alle Kundge-

»Trotz aller Einschüchterungen und Drohungen war die Wahlbeteiligung überall sehr hoch.«

Florian Wilde, Wahlbeobachter in Silvan

bungen mussten aus Angst vor weiteren Anschlägen abgesetzt werden«, führt Wilde aus.

»Der Wahltag selbst war hier nach unseren Beobachtungen friedlich. Es war sehr beeindruckend, wie stark die Bevölkerung in dieser schwierigen und ge-

fährlichen Situation ihr Wahlrecht in Anspruch nahm und ausübte. Trotz aller Einschüchterungen und Drohungen der letzten Tage war die Wahlbeteiligung überall sehr hoch, in einigen Wahllokalen, die wir besuchten, bei über 90 Prozent.«

Den Wahlverlauf in Silvan hält Wilde für größtenteils korrekt: »Wir konnten keine größeren Unregelmäßigkeiten feststellen, außer dass der gesetzlich vorgeschriebene Mindestabstand von 15 Metern, den bewaffnete Sicherheitskräfte zu den Wahlurnen zu wahren haben, nicht überall eingehalten wurde. Die LINKE-Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel wurde unter Androhung von Ingewahrsamnahme gezwungen, Fotos der Polizisten im Schulgebäude wieder von Twitter zu löschen.«

Bis Redaktionsschluss war nicht abzusehen, ob die vorne liegende AKP die absolute Mehrheit zurückerobern vermochte.

Russisches Flugzeug stürzt in Ägypten ab

Untersuchung über Absturzursache noch ohne klares Ergebnis

St. Petersburg. Die in Ägypten abgestürzte russische Passagiermaschine ist nach Einschätzung Moskauer Behörden vermutlich während des Flugs auseinandergebrochen. »Die Zerstörung ist in der Luft geschehen. Aber es ist zu früh für Schlussfolgerungen«, sagte Viktor Sorotschenko von der Untersuchungskommission am Sonntag. Auf der Sinai-Halbinsel seien die Trümmer des Airbus A321 auf einer Fläche von 20 Quadratkilometern verstreut, sagte er russischen Agenturen zufolge. Bei dem Unglück waren 224 Menschen gestorben. Das Flugzeug war nach dem Start in Scharm el Scheich am Samstag vom Radar verschwunden. Die blaue Linie, die die Flugroute auf der digitalen Karte bei »Flightradar24.com« nachzeichnet, endet unvermittelt. Etwa 23 Minuten nach dem Start zerstellte der Airbus A-321 in der felsigen Wüstenlandschaft. Die meisten Fluggäste waren russische Urlauber. dpa/nd Seite 7

Flugbegleiter drohen mit Streik

Lufthansa will den angekündigten Ausstand möglichst verhindern

Frankfurt/Main. Nach den Piloten planen die Flugbegleiter bei Europas größter Airline den Ausstand. »Wir werden am Montag mitteilen, wann Streiks anstehen«, sagte Ufo-Chef Nicoley Baublies der Deutschen Presse-Agentur. Das könne die kommende Woche betreffen, wahrscheinlicher sei aber, dass es noch ein paar Tage dauere. Die Lufthansa will den Ausstand verhindern, möglicherweise durch Schlichtung. Lufthansa hat mit Ufo bezüglich offener Tarifverträge die Vereinbarung, beim Scheitern von Tarifverhandlungen eine Schlichtung anrufen zu können. Eine Ausnahme ist demnach das Thema Versorgung, hier hatte es bereits einen erfolgreichen Schlichtungsversuch gegeben. Die Gewerkschaft will ihren weiteren Fahrplan am Montag Nachmittag in Mörfelden-Walldorf verkünden. »Wir haben in den letzten Monaten gelernt, dass eine Lösung am Verhandlungstisch nicht gewollt ist«, sagte Baublies. Die Lufthansa kritisierte den Abbruch der Tarifverhandlungen und bezeichnete sich als Gesprächsbereit. dpa/nd

»nd« ist ausgezeichnet

Zeitungspreis und Lob für den Schwerpunkt »Danke, Befreier!«

Hamburg. Einmal Bronze in der Königsklasse und eine weitere Auszeichnung – »neues deutschland« ist bei den diesjährigen LeadAwards nicht leer ausgegangen. In der Kategorie »Zeitung des Jahres« kamen Redaktion und Verlag hinter der »Süddeutschen Zeitung« und dem »Tagesspiegel« auf den dritten Platz. Dass »neues deutschland« am Donnerstagabend in den Hamburger Deichtorhallen unter den besten vier nominierten Zeitungen auftauchte, so formulierte es der Präsident des LeadAward, Markus Peichl, sei durchaus eine Überraschung – die Jury anerkennt damit nicht nur, dass es gelungen sei, »ein völlig verstaubtes und fast schon totgeblaubtes Blatt mit neuem Leben zu füllen«. Anerkennende Worte fanden auch das 2013 überarbeitete Layout und die thematischen Schwerpunkttausgaben. Eine davon – die Sondernummer »Danke, Befreier!« anlässlich des 70. Jahrestages der Sieges über Nazi-Deutschland, erhielt bei der 24. Ausgabe der LeadAwards denn auch eine Auszeichnung in der Kategorie »Beitrag des Jahres«. nd

ISSN 0323-3375

